

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/8601

zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Peter Welnhofen u.a. CSU

Drs. 15/9177

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) (Drs. 15/8601)

zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Dr. Bernd Weiß**
Mitberichtersteller: **Franz Schindler**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf beraten und endberaten. Die Ausschüsse für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Gesetzentwurf mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 74. Sitzung am 27. September 2007 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 182. Sitzung am 11. Oktober 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: 1 Ablehnung, 1 Enthaltung
Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 24. Oktober 2007 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 84. Sitzung am 25. Oktober 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 11 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

6. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Gesetzentwurf in seiner 53. Sitzung am 06. November 2007 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 7 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

7. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag in seiner 76. Sitzung am 08. November 2007 endberaten. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen vorgenommen werden:

1. In Art. 7 Abs. 3 wird der Satzteil „,in dem eine Einsatzgrenze von nicht mehr als 800 Euro pro Monat vorgesehen ist,“ gestrichen.
2. Art. 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 3 und Nr. 4 werden gestrichen.
 - b) In Nr. 6 werden die Worte „oder 5“ gestrichen.

- c) Die bisherigen Nrn. 5 bis 8 werden die Nrn. 3 bis 6.

Hinsichtlich des Änderungsantrags hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Durch die Aufnahme in die Beschlussempfehlung hat der Änderungsantrag seine Erledigung gefunden.

Franz Schindler
Vorsitzender